

## Vom Reichskongress der A.- und S.-Räte.

Der gestrige Sitzungstag des Reichskongresses der A.- und S.-Räte brachte eine entschiedene Klärung über den Charakter der Mehrheit der Abgeordneten und über die Stimmung, die diese Mehrheit beherrscht. Nachdem man einen Antrag, der bürgerlichen Presse zunächst eine vierprozentige Verzinsung ihres Anlagekapitals zu belassen, und den Rest der Reichskasse zu überweisen, dem Vollzugsrat übergeben hatte, der wahrscheinlich damit so wenig wie die Vollversammlung anzufangen wissen wird, nachdem man einen Antrag auf Entlassung der Gegenrevolution, auf Uebertragung der Vollzugsgewalt und der gesetzgebenden Gewalt auf den Rat der Volksbeauftragten bis zur Nationalversammlung angenommen hatte, wodurch also der Berliner Vollzugsrat kalt gestellt wurde, leitete der Mehrheitssozialist Cohen-Keuz die Aussprache über die Nationalversammlung mit einem Referat ein, das die Notwendigkeit baldigster Einberufung so deutlich wie möglich darlegte. Er wies darauf hin, daß unser Land von Rohstoffen entblößt, unsere Finanzen aufs schwerste gefährdet sind, und daß wir Lebensmittel für unser Volk brauchen, das durch die jahrelange Unterernährung entkräftet ist. Rohstoffe und Lebensmittel gebe uns die Entente aber erst, wenn die Ordnung wieder hergestellt sei. Wenn wir auch militärisch wehrlos seien, so habe die Entente doch Interesse daran, unsere Leistungsfähigkeit nicht ganz zu ruinieren, damit wir die Kriegsschuldungen zahlen können. Das sei doch die Konsequenz der englischen Kriegszielpolitik. Aber die Desorganisation müsse verschwinden. Und das könne nur durch die Nationalversammlung geschehen, denn die A.- und S.-Räte stellen nicht den Willen des ganzen Volkes dar. Das erscheint uns als ein weitaus volles Eingeständnis eines Sozialisten. Und weiterhin sagte Cohen sehr richtig, die Revolution dürfe nicht zu einer großen Lohnbewegung werden. Viele Unternehmer stellen ihren Arbeitern die Betriebe zur Verfügung, aber die Arbeiter hätten davon nichts, denn sie könnten die Betriebe nicht auidreherhalten. Es dürften jetzt keine Experimente auf dem Gebiete der Verstaatlichung gemacht werden. Das waren offene und ehrliche Worte des Mehrheitssozialisten und wir wissen aus den Erklärungen vieler Anhänger der Sozialdemokratie, daß sie der Aufschauung sind, durch die jetzigen Verhältnisse bringe sich die Sozialdemokratie um ihren ganzen Kredit bei den vernünftigen und ruhigen Arbeitern. Wohl aus diesem Gefühl heraus treten die Mehrheitssozialisten jetzt mit aller Entschiedenheit für die Nationalversammlung ein, weil sie befürchten, daß die jetzigen Verhältnisse, die sie nicht zu meistern vermögen, und unter denen sich die ungeschicktesten Vorgänge politischer und wirtschaftlicher Natur abspielen, für die sie keine Verantwortung übernehmen können, die Anhänger der Sozialdemokratie auf die Dauer verkleinern könnten. Und daher hat auch gegenüber der Auffassung der Radikalen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte als Vollzugsorgan für immer tätig sein sollten, und die Reichsversammlung gewissermaßen nur als beratende und Mittel gewährenden Körperschaft eingerichtet werden sollte, Cohen unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß die A.- und S.-Räte der Nationalversammlung Platz machen müßten. Er meinte zwar, eine sozialistische Mehrheit würde gesichert werden, wenn alle Sozialisten sich zusammentun, darüber möchten wir uns vorerst aber keine Voraussage gestatten. Im weiteren Verlauf der Versammlung entstanden ernste Meinungsverschiedenheiten über die Festlegung des Termines der Wahlen. Die unabhängigen Sozialisten erhoben aufs heftigste Widerspruch gegen die Vorverlegung auf 19. Januar, wie sie von den Mehrheitssozialisten vorgeschlagen wurde, weil, wie Haase dies begründete, man aufgeklärte Wähler zur Wahlurne führen soll und namentlich die Frauen bedürfen der Aufklärung. Das ist schon richtig. Aber von wem geht denn die Heruntersetzung des Wahlalters und die Gewährung des Frauenwahlrechts aus. Gerade die radikalen Kreise versprechen sich davon einen Sieg ihrer Ideen, und nun haben sie anscheinend Angst vor den Geistern, die sie

riefen. Aber es half den Unabhängigen nichts und den Liebknechtlern nichts, die die Nationalversammlung als Todesurteil für die Soldatenräte bezeichneten, und von ihr sagten, daß sie weder den Willen noch die Kraft haben werde, den Sozialismus zur Wirklichkeit werden zu lassen, die große Mehrheit des Kongresses beschloß, den Termin der Wahlen auf den 19. Januar vorzuzulegen. Und damit hatten die Mehrheitssozialisten und die Volksbeauftragten, und wenn man recht hinsieht, die Bürgerlichen, einen großen Sieg errungen. Jetzt kann Liebknecht wieder auf die Straße gehen, es wird ihm nichts mehr nützen. Es wird überhaupt gut sein, wenn die Reichsregierung und die künftige Nationalversammlung sich über den künftigen Regierungssitz und Tagungsort klar werden. Eine Beeinflussung oder Störung ihrer Tätigkeit durch demonstrierende und gewalttätige Massen, deren ursprüngliches Gefühl nur der Unlust zur Arbeit und dem Drang nach Skandal entsprang, kann sich das deutsche Volk auf die Dauer nicht gefallen lassen. Berlin muß also nächstens zeigen, ob es den Willen und die Macht hat, diese Elemente unschädlich zu machen. Andernfalls müßte man einen anderen Regierungssitz suchen, wo Regierung und Nationalversammlung ohne äußeren Druck ihren schweren Aufgaben ungehindert nachgehen könnten. O. S.

## Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Die unwürdige Behandlung der deutschen Waffenstillstandskommission in Trier.

Von einem Teilnehmer an den Verhandlungen wird berichtet: Die am 11. früh in Trier eintreffende deutsche Waffenstillstandskommission wurde von einem amerikanischen Offizier in Empfang genommen. Amerikanische Soldaten patrouillierten auf beiden Seiten längs des Zuges. Die Fahrt der Kommission in das Hotel zur „Post“ erfolgte in amerikanischem Kraftwagen, die rechts und links von amerikanischen Soldaten zu Fuß begleitet waren. Im Hotel war eine amerikanische Wache eingerichtet, die die Waffenstillstandskommission von jedem Verkehr mit der Außenwelt abschloß. Das Telephon war gesperrt, Depeschen und Briefe mußten der amerikanischen Wache abgegeben werden und unterlagen der amerikanischen Zensur. Die meisten der abgeordneten Depeschen erreichten ihren Bestimmungsort nicht.

Staatssekretär Erzberger richtete sofort ein Schreiben an den Chef des amerikanischen Stabes in Trier, General Smith, in welchem er die Beseitigung der Absperrungsmaßnahmen forderte. Die Antwort lautete, daß die Anordnungen vom Oberkommandierenden der alliierten Armeen verfügt worden seien und bedauerlicherweise ausgeführt werden müßten. Am Nachmittag desselben Tages erschienen drei amerikanische Offiziere beim Staatssekretär Erzberger und erklärten im Auftrage ihres Obersten, die Waffenstillstandskommission solle nicht annehmen, daß die unwürdige Absperrung von amerikanischer Seite veranlaßt worden sei, sondern vom Oberkommandierenden der alliierten Armeen. Staatssekretär Erzberger erwiderte, er habe dies auch keinen Augenblick von dem amerikanischen Volke, dem freiesten Volk der Welt, angenommen. Technische Erklärungen wurden von amerikanischen Offizieren in privaten Gesprächen mit Kommissionsmitgliedern mehrfach gegeben, die Amerikaner legten offensichtlich Wert darauf, ihr Bedauern zum Ausdruck zu bringen. Bei der Beförderung der Kommission zur Bahn, am Freitag abend fehlte die Kabfahreresorte. Ein amerikanischer Generalstabsoffizier erklärte dem Staatssekretär Erzberger vor Abfahrt des Zuges nochmals sein Bedauern. Die amerikanischen Offiziere und Soldaten besichtigten sich der größten Höflichkeit und tamen allen Wünschen des abgeperrten Personals in weitestem Maße entgegen.

## Die besetzten Gebiete und die Wahlen zur Reichsversammlung.

Berlin, 19. Dez. In der Vollziehung der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa am 18./12. fand eine eingehende Erörterung über die Beschränkung der Verkehrsperre zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland zwecks Durchführung der Wahlen

zur Nationalversammlung statt. Die Vertreter der deutschen Regierung überreichten eine Note, in der schleunige Beseitigung dieser Verkehrsbeschränkungen erbeten wurde. Die Note fügt hinzu, daß es nicht nur im deutschen Interesse liege, wenn bald geordnete und verfassungsmäßige Zustände in Deutschland hergestellt würden. Dieses sei die Hauptaufgabe der Nationalversammlung, in der das gesamte deutsche Volk (also auch die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete) vertreten sein müßte. Bei der gegenwärtigen Absperrung dieser Landesteile seien aber die ordnungsmäßige Bornahme der Wahlen, sowie die hierzu erforderlichen Vorbereitungen ausgeschlossen. In der Beantwortung der Note gab General Lubant der Befürchtung Ausdruck, daß die Frage an höherer Stelle als zu allgemein gehalten betrachtet werden könnte, weil aus ihr nicht deutlich hervorgehe, was deutscherseits verlangt würde. Die Wichtigkeit der Wahlen sei unbestreitbar und ihre ordnungsmäßige Durchführung dürfe nicht gehindert werden. Es käme jedoch darauf an, zu wissen, was unter freiem Verkehr zwischen den Gebieten links und rechts des Rheines zu verstehen sei. Das sei klar, daß eine gewisse Anzahl unruhigstehender Elemente (Elements de desordre) nicht hin und herreisen dürften. Bei Weitergabe der Note an Marshall Foch würde ihm wahrcheinlich geantwortet werden: „Das ist zu allgemein gehalten“ und dann könnte sich die Erledigung der Angelegenheit sehr langsam hinziehen. Von deutscher Seite wurden zu dieser Frage nähere Angaben in Aussicht gestellt.

## Berschleppung von Greifen aus Elsaß-Lothringen.

Berlin, 19. Dez. Unsere Feinde haben früher unter der Maske der deutschen Regierung in den besetzten Gebieten vor allem die Fortführung von Belagern zu Arbeit wecken nach Deutschland kritisiert und sie als brutale Zwangsgewaltigung zu brandmarken versucht. Raum haben die Franzosen von Elsaß-Lothringen Besitz genommen, als sie auch schon mit der Verschleppung von Einwohnern beginnen. Tausende von jungen Männern, Söhne von altdeutschen Familien, sind bereits aus Elsaß-Lothringen nach Belgien fortgeführt, um dort zu Arbeitszwecken verwendet zu werden. Die Franzosen begnügen sich aber nicht einmal mit der Fortführung von wehrpflichtigen Personen. In Diederhosen sind sogar über 60 Jahre alte Altdenke von ihnen verschleppt worden. Die deutsche Regierung hat bei dem Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission gegen dieses Völkerrechtswidrige Verfahren Protest eingelegt.

## Gegen die polnischen Absichten auf Danzig.

(W.B.) Danzig, 18. Dez. Eine große Kundgebung der deutschen Bevölkerung Danzigs gegen die polnischen Machtgelüste fand gestern nachmittag anlässlich der Anwesenheit des preuß. Ministers Hirsch statt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge zog mit deutschen Fahnen und unter Abhängen deutscher Leder, vom Heumarkt kommend, wo sie sich versammelt hatte, zum Oberpräsidium, wo verschiedene Redner zum Ausdruck brachten, daß die alte deutsche Stadt Danzig und die Provinz Westpreußen ewig deutsch bleiben müßten. Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen, v. Jagow, gab die Versicherung ab, daß er sein ganzes Können dafür einsetzen werde, daß Westpreußen deutsch bleibe. Von den Versammelten wurde die Absendung des nachstehenden Funkentelegramms an den Präsidenten Wilson nach Paris beschloßen: „Im Namen von 150 000 Deutschen Danzigs bitten wir Sie, Herr Präsident, dahin wirken zu wollen, daß Danzig deutsch bleibt. Seit Jahrhunderten deutsch, beabsichtigen die Polen doch, Danzig als polnisches Gebiet zu beanspruchen. Dagegen protestieren wir alle, 98 Prozent gegen nur 2 Prozent Polen.“ — Im Oberpräsidium empfing Minister Hirsch eine Abordnung der Demonstration und sagte, die Regierung sei fest entschlossen, die 14 Punkte Wilsons durchzusetzen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für Westpreußen zur Anwendung zu bringen. — In den Nachmittagsstunden kam es zu Ausschreitungen gegen polnische Geschäfte.



## Die Tschechen gegen die nationale Freiheit der Deutsch-Böhmen.

Prag, 19. Dez. Die Gauvertretung des Deutschen Böhmerwaldbundes entsandte eine Abordnung zur Prager Regierung, um die Zurückziehung der Besatzungstruppen und die Freilassung der Verhafteten zu erwirken, sowie die Schaffung eines Zustandes vorzuschlagen, der Ruhe und Ordnung wie auch die bestehende Verwaltung verbürgen würde, ohne daß der endgültigen Regelung der Frage der politischen Zuteilung des Böhmerwaldgebietes durch die Friedenskonferenz vorgegriffen würde. Beim Empfang der Abordnung erklärte Ministerpräsident Kramarsch, daß die tschecho-slovakische Republik innerhalb der Grenzen des ehemaligen Königreiches Böhmen kein Gebiet als streitig anerkennen könne, zumal nach den mit der Entente geschlossenen Verträgen das ganze Land dem tschecho-slovakischen Staat zuerkannt worden sei. Das Selbstbestimmungsrecht sei eine Art idealer Zukunftsgedanke, der auf Böhmen keine Anwendung finden werde. Die Deutschen könnten aber versichert sein, daß ihre kulturelle und nationale Entwicklung unangefastet bleibe. Auch der Ministerpräsident wünsche die baldige Zurückziehung der Besatzungstruppen und werde, sobald Ruhe und Ordnung gewährleistet erschienen, diese fordern, sowie die Frage der Freilassung der Verhafteten und Internierten dem Ministerrat vorlegen und dort befehligen. — Also 3 Millionen Deutsche in Böhmen sollen nicht das Recht des nationalen Eigenlebens haben. Das heißt man in Ententekreisen Selbstbestimmungsrecht, denn es ist anzunehmen, daß Kramarsch, der schon vor dem Krieg mit den Ententeländern zusammenarbeitete, darüber wohl unterrichtet ist, was diese für eine Anschauung über die sog. Nationalitätengrundsätze haben. Die Schrift.

### Französische Auffassung über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht.

Berlin, 19. Dez. „Action Francaise“ vom 15. Dezember fordert die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, doch müsse zu diesem Zweck vorher die deutsche Einheit und die deutsche Armee zerstört werden, weil anderenfalls der Völkerbund eine Chimäre bleibe, da ihn Deutschland zu seinem Vorteil ausnützen könnte. — Natürlich muß Frankreich zuerst sein Schäfchen im Trockenen haben.

### Die belgische Heeresstärke.

Rotterdam, 19. Dez. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Brüssel, daß die Kammer eine Vorlage angenommen habe, die die Armeestärke für 1919 auf höchstens 350 000 Mann Kriegsstärke und 100 000 Mann Friedensstärke festsetzt. — Zu was braucht Belgien 100 000 Mann im Frieden?

### Amerikanischer Eiertanz.

Annapolis, 20. Dez. (Reuter.) Marinesekretär Daniels sagte in einer Rede, die amerikanische Flotte müsse größer und stärker werden, damit die Vereinigten Staaten in der Lage seien, einen ebenso großen Anteil an der internationalen Polizeiflotte beizutragen, als irgend eine andere Nation. Daniels fügte hinzu, er hoffe jedoch, daß die Friedenskonferenz mit dem Wettbewerb von Kriegsschiffen ein Ende machen werde. — Die Amerikaner sollen doch nicht soviel Mühen machen, und es rund heraus sagen, sie wollen sich die Oberherrschaft zur See zusammen mit den Engländern erhalten. Aber es ist eine bekannte Eigenschaft der Angelsachsen, daß sie durch den nächstfolgenden Satz ihre vorhergehenden Erklärungen zu verschleiern oder aber ganz aufzuheben vermögen. Die Schrift.

## Bermischte Nachrichten.

### Heeresstärken im Kriege.

Nach dem Londoner „Daily Express“ brachten es die verschiedenen Nationen im Kriege auf folgende Heeresstärken: England 8 000 000 Mann, Frankreich 6 500 000 Mann, Deutschland 12 000 000 Mann, Oesterreich 6 000 000 Mann, Amerika 2 000 000 Mann, Rußland 10 000 000 Mann, Italien 3 500 000 Mann, Türkei 1 000 000 Mann, Serbien 500 000 Mann, Belgien 500 000 Mann, Rumänien 500 000 Mann, Griechenland 300 000 Mann.

### Polnische Gewalttätigkeiten gegen deutsche Soldaten in der Ukraine.

Berlin, 20. Nov. Auch in der Ukraine fangen polnische radikale Elemente jetzt an, die Deutschen als vogelfrei zu betrachten. Wie aus Kiew gemeldet wird, rotteten sich in Odessa Polen zusammen und versuchten, deutsche Militärautomobile zu rauben. Die Deutschen setzten sich zur Wehr und es gelang ihnen einen Teil der Räuber festzunehmen, der dem ukrainischen 3. Armeekorps übergeben wurde. Deutscherseits sind 1 Leutnant, 1 Bizefeldwebel und 1 Oberjäger dieser verbrecherischen Anfälle zu beklagen. Auf Seiten der polnischen Räuber sind auch einige Tote zu verzeichnen.

### Die Schweiz und die Not in Wien.

(W.B.) Bern, 19. Dez. (Schweiz, Dep.-Ag.) In der gestrigen Nachmittagsitzung des Nationalrats begründete Jäger

## Amthche Bekanntmachungen.

### Fleischzulage für die Weihnachtswoche.

Infolge des gegenwärtigen starken Angebots von Schlachtvieh gewährt die Fleischverorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern für die Weihnachtswoche eine Fleischzulage in Höhe der Wochenration. Der Gewichtswert der Fleischmarken für die Woche vom 23. bis 29. Dezember 1918 (Nr. 4) ist daher mit Zustimmung des Ernährungsministeriums auf 300 Gramm erhöht worden.

Die Stadt-(Schultheißen-)ämter werden ersucht, hiernach das Weitere einzuleiten, insbesondere die Versorgungsberechtigten in ortsüblicher Weise zu verständigen und für die richtige Berechnung der in der Weihnachtswoche abgegebenen Fleischmarken, die gesondert von den Marken der übrigen Wochen abgeliefert werden müssen, Sorge zu tragen.

Calw, 19. Dez. 1918. Oberamtmann Gös.

### Bekanntmachung.

Infolge der fortschreitenden Demobilisation ist eine große Anzahl Pferde zur Versteigerung gelangt. Wie wir hören, sind bei diesen Versteigerungen an verschiedenen Orten Pferde von Landwirten und anderen Personen erworben worden, für welche das Halten von Pferden ein Luxus ist, bezw. welche die Pferde nur des niedrigen Preises wegen zu dem Zweck gekauft haben, um beim Wiederverkauf ein Gewinn zu erzielen. Soweit Personen, für welche das Halten von Pferden als Luxus bezeichnet werden muß, solche Pferde erworben haben, werden vom Kommunalverband für solche Pferde Hafer und andere Futtermittel nicht zugewiesen. Die einkommenden Gesuche werden einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, ob tatsächlich ein Bedürfnis zur Haltung der Pferde vorliegt. Angenügend begründete Gesuche, ferner solche für kleine Pferde, die bei den hiesigen Boden- und Gläuberverhältnissen für die Landwirtschaft fast wertlos sind, und als unnütze Fresser bezeichnet werden müssen, werden mit Rücksicht auf die ungeliebte Haferernte abgelehnt.

Jedes Gesuch um Zuweisung von Hafer usw. ist künftig mit einem gemeinderätlichen Zeugnis zu belegen:

1. daß der Antragsteller schon vor dem Kriege Pferde eingestelt hat;
2. daß das Halten der Pferde für ihn einem tatsächlichen Bedürfnis entspricht, und
3. daß es sich nicht um Pferden des oben erwähnten leichten Schlages handelt.

Calw, den 16. Dez. 1918. Oberamtmann Gös.

(Basel) seien von 40 Mitgliedern des Rats unterstützten Antrag, den Bundesrat aufzufordern, Vorkehrungen zu treffen, um dem Hungereisend in Wien Einhalt zu tun. Nachdem verschiedene Redner für den Antrag eingetreten waren, erklärte Bundespräsident Calonder, daß die Schilderung der Notlage in Wien leider den Tatsachen entspreche. Seit langem besaße sich der Bundesrat mit den dortigen Zuständen, aber es sei klar, daß die Schweiz die Versorgung Wiens nicht allein übernehmen könne. Einzig die Entente im Bunde mit Amerika könne dieses Problem lösen. Die Schweiz könne keinen Druck ausüben auf die andern Länder des früheren Kaiserreiches, die Stadt Wien zu versorgen, wohl aber könne dies die Entente und es sei nicht zu bezweifeln, daß sie das auch tun werde. Was den Antrag anbelange, so sei eine große Hilfsaktion in Vorbereitung und der Bundesrat sei bereit, im Einvernehmen mit der Entente das Möglichste zur Hilfeleistung zu tun. Es heiße, daß die Kohlenlieferung vorläufig wenigstens gesichert sei. Kondensierte Milch soll geliefert werden, wenn wir sie auch am Munde absparen müssen. Aber auch andere Waren sollten wir liefern können.

## Deutschland.

### Die Berliner Aerzte über den Einfluß der Ernährungs- verhältnisse auf die Volksgeundheit.

(W.B.) Berlin, 18. Dez. In der gestrigen Versammlung der mehr als 3000 Mitglieder umfassenden ärztlichen Vereine Groß-Berlins wurde eine Erklärung angenommen, in der es heißt, daß die Ausführungen erster Kapazitäten die Erfahrungen der praktischen Aerzte über die zunehmende Verschlechterung in den Ernährungsverhältnissen bestätigen mit dem Hinweis, daß unsere Nahrungsmittelvorräte binnen kurzem erschöpft sein werden, daß die Volksgeundheit während der viereinhalbjährigen Blockade Deutschlands schwer beeinträchtigt worden ist und daß die Sterblichkeit um ein Drittel, bei Kindern zwischen 1 und 15 Jahren um die Hälfte, und bei Tuberkulösen in den Städten sogar um das Doppelte zugenommen haben, daß ferner die mit der Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen weiter bevorstehende Einbuße unserer Ernährung eine allgemeine Hungersnot in kurzer Zeit heraufbeschwören werde. Daher wird an die Regierung die dringende Forderung gerichtet, mit allen Mitteln die ordnungsmäßige Erfassung und Verteilung der in Deutschland vorhandenen Lebensmittel durchzuführen, und die Hoffnung ausgesprochen, daß die feindlichen Regierungen den in letzter Stunde befundeten Willen betr. Zufuhr von

Lebensmittel nach Deutschland rechtzeitig und reichlich zu füllen werden. — (Von Rechtswegen müßte England für diese ungeheuren Schäden am deutschen Volkstum Schadenersatz leisten, weil die Hungerblockade das völkerrechtswidrige in diesem Kriege war.)

### Frankfurt a. M. als Sitz der Reichsversammlung vorgeschlagen.

Berlin, 20. Dez. Der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. hat laut „Börslicher Zeitung“ den zuständigen Reichsstellen anheimgegeben, die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt a. M. einzuberufen. — Das wäre schon recht, wenn Frankfurt nicht zu nahe am besetzten Gebiet wäre.

### Für die Kolonialdeutschen.

(W.B.) Hamburg, 19. Dez. Etwa 200 in der Hamburger Börse versammelte, den verschiedensten Interessengruppen angehörende Kolonialdeutsche haben, einem Aufruf der Hamburger Vereinigung der deutschen Ueberseeinteressen folgend, am Mittwoch einen Ausschuß gegründet, der einen Zusammenschluß aller Kolonialdeutschen und Kolonialorganisationen zu einem Reichsausschuß der Kolonialdeutschen anstrebt. Der Ausschuß hat folgendes Programm aufgestellt: Eintreten für Kolonialbesitz, besonders auf der Friedenskonferenz; Neuaufbau der Kolonien auf freier Grundlage im Sinne der Selbstverwaltung; ferner Fürsorge für hilfsbedürftige Kolonialdeutsche und ihre Angehörigen und Hinterbliebenen, insbesondere Kriegsgefangene und die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Kolonialdeutschen; Gründung einer Darlehnskasse und Erstattung der Schadenersatzforderungen an die Kolonialdeutschen für den ihnen im Kriege entstandenen Schaden.

### Unsere Politik vor dem Kriege.

Berlin, 17. Dez. Eine neue sehr bedeutame Veröffentlichung des früheren Geheimrats im Auswärtigen Amt Hamann steht, die der „Schwab. Merkur“ erfährt, unmittelbar bevor. Sein Buch heißt: „Zur Vorgeschichte des Weltkriegs“ und behandelt die deutsche Politik von Kiautschou bis Algieras. Man erfährt näheres über die Tatsache, daß der Fürst von Monaco eine Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm mit dem früheren Präsidenten der französischen Republik Loubet in den italienischen Gewässern angeregt hat, ferner über den Geheimvertrag zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren in Björkö, der kein Staatsvertrag war. Das Hauptstück bilden die Verhandlungen über eine deutsch-englische Alliance 1901. Wir erfahren, daß von deutscher Seite auf ein damals angebotenes Sonderabkommen über Marokko, das die französisch-englische Entente unmöglich gemacht hätte, nicht eingegangen wurde. Die namentlich dem früheren Geheimrat im Auswärtigen Amt Hoffstein zur Last gelegten rauen Methoden der deutschen Diplomatie, wie die Tangerreise, führten zu dem unbefriedigten Verlauf der ersten Marokkokrisis.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. Dezember 1918.

### Kirchenkonzert.

Der Kirchengesangverein gibt am Sonntag abend 5 Uhr in der Stadtkirche unter der frdl. Mitwirkung eigener solistischer Kräfte eine Abendmusik. Sie ist als Willkommgruß unserer heimgekehrten Krieger gedacht und will als bescheidenes Zeichen des Dankes gelten dafür, daß sie uns in über vier Jahren unvergleichlichen Heldentums beschützt und uns die Pflege eines unserer wichtigsten Kulturgüter, der geistlichen Musik, ermöglicht haben. Der Kern der abwechslungsreichen Vortragsfolge bilden von Chor, Orchester und Orgel vorgetragene Choräle aus einer Bachschen Kantate und dem Weihnachtsoratorium. Es ist etwas Eigenes, um diese beinahe allen Kreisen des Volkes evangelischen und katholischen Bekenntnisses liebgeordnete Schöpfung des Meisters. Ein Kenner sagt von ihnen: „Die Bachchoräle genießen seit langem einen außerordentlichen Ruf. Ihre Melodien stammen nicht von Bach selbst; ihm verdanken wir aber die drei unteren Stimmen. In ihnen nun offenbart sich eine solche Energie des harmonischen und melodischen Geschehens, daß seine Wucht die dünne Hülle der Choralmelodie, die das Ganze zu einem musikalischen Einzelwesen rundet, öfters zu zersprengen droht. Häufiger noch scheint ein Choral in Bachs Bearbeitung wie ein Einzeldasein, das in günstigere Wachstumsbedingungen gestellt ist und nun unerwarteterweise Blüte und Farbe, ja beinahe so etwas wie Süßigkeit hervorbringt.“ — In diesen Rahmen sind noch eingefügt zwei liebe Weihnachtslieder eines alten Meisters und Werke für Streichorchester, Streichquartett und Orgel, unter denen zwei Sätze des glanzvollen Konzerts in B-dur von Händel hervorgehoben seien. Der Eintritt ist frei. Die Kirche wird geheizt. Möge ein zahlreicher Besuch aus Stadt und Land die Mühe und gute Absicht des Kirchengesangvereins lohnen!

### Teuerungszulagen für die Gemeindebeamten.

Wie dem „Staatsanztg.“ mitgeteilt wird, hat das Ministerium des Innern durch Runderlaß die Aufschlags-



religiös zu  
England für  
um Schaden  
völlerechts-  
sammlung  
meister von  
g" den zu  
ie deutsche  
M. einzuk  
nkfurt nicht  
der Hambur-  
interessen-  
nem Ausruf  
berseerinter-  
gründet, der  
nd Kolonial-  
olonialdeut-  
rogramm auf-  
ers auf der  
auf Freiheit-  
ung; ferner  
nd ihre An-  
Kriegsgefah-  
rückföhrenden  
esse und Er-  
olonialdeut-  
haben.  
e.  
utsame Ver-  
Auswärtigen  
ur" erfährt,  
Vorgeschichte  
Politik von  
äheres über  
eine Begege-  
eren Präsi-  
den italien-  
en Geheim-  
en Zaren in  
Hauptstück  
nglische Mi-  
er Seite auf  
er Marokko,  
sch gemacht  
entlich dem  
vollstein zur  
Diplomatie,  
bigen Ver-  
bernd 5 Uhr  
eigener selt-  
s Willkomm-  
nd will als  
daß sie uns  
ums beschützt  
Kulturgüter,  
ern der ab-  
hor, Orchester  
r Bachschen  
s ist etwas  
bliches evange-  
dene Schöp-  
Die Bach-  
tlichen Ruf.  
t; ihm ver-  
n ihnen nun  
en und melo-  
e Hilfe der  
tlichen Ein-  
häufiger noch  
ein Einzel-  
en gestellt ist  
a beinahe so  
esen Rahmen  
eines alten  
quartett und  
Konzerts in  
Eintritt ist  
hreicher Be-  
Absicht des  
beamten.  
rd, hat das  
ie Aufsicht

behörden angewiesen, dahin zu wirken, daß wie den Staatsbeamten, so auch den Angestellten der Amtskörperschaften und Gemeinden eine wiederholte einmalige Teuerungszulage von den Körperschaften gewährt wird.

### Keine Sonderzüge für Urlauber.

Von der Generaldirektion der Staatseisenbahnen wird ans geschrieben: Für die über Weihnachten und Neujahr aus den württemb. Standorten beurlaubten Soldaten können diesmal nicht wie sonst Sonderzüge gefahren werden. Es bleibt nichts übrig, als sie auf fahrplanmäßige Züge zu verweisen, und es wird deshalb nötig werden, einen Teil dieser Züge an den für die Militärbeförderung hauptsächlich in Betracht kommenden Tagen für den Zivilverkehr zu sperren. Bekanntgabe der gesperrten Züge ist nicht möglich. — Infolge der bezeichneten Maßnahme werden die allgemein freigegebenen Züge noch mehr als bisher überfüllt und es kann eine auch nur einigermaßen geordnete Bewältigung des Verkehrs noch weniger als seither in Aussicht gestellt werden. Vor unünftigen Reisen wird daher dringend gewarnt.

### Die Stuttgarter evangel. Gemeinde zur Kirchenfrage.

ep. Zur Besprechung der Kirchenfrage versammelten sich am 17. und 18. d. Mts. viele Hunderte von Männern und Frauen der evangel. Gemeinde von Stuttgart. Von der Volkskirche, warum wir sie wollen und wie wir sie wollen, sprach als erster Redner Prälat D. Dr. Scheel. Ihren eigenartigen Wert sieht er in folgendem: Die Volkskirche allein umfaßt das Ganze des evangel. Volks — als Freikirche zerziele unsere Kirche in einzelne Richtungs- oder gar Standeskirchen — und vermag das ganze Volksleben mit christlichem Geist zu durchdringen. Die Volkskirche sorgt für wahrhaft volkstümliche Einrichtungen. Vor allem aber können wir unsere religiöse Heimat nur in der Volkskirche finden, der jeder Evangelische wie seine Väter äußerlich und von Rechtswegen auch innerlich angehört. Prof. Dr. Faust stellte als 2. Redner das Verhältnis von Staat und Kirche im Lauf der Geschichte seit der Reformation dar und zeichnete scharf die schwerwiegenden Nachteile, die — neben manchen Vorzügen — die staatliche Gebundenheit für die Kirche hat: Die Staatskirche wird für alles mit verantwortlich gemacht, was der Staat tut oder unterläßt; das hat ihr die Arbeitermassen entfremdet. Die Staatskirche kann nicht so, wie sie will und soll, Volksgewissen sein. Der Pfarrer steht im Verdacht, nicht anderes als Agent des Staates zu sein, dessen Zwecke er in erster Linie zu fördern hat. Und das Kirchengewissen fühlt sich in der Staatskirche nicht recht zur Mitarbeit und Mitverantwortung verpflichtet. Darum ist es erfreulich, daß wir jetzt vor einer Neuordnung dieses Verhältnisses stehen, die aber nur nach Maßgabe der deutschen Bedürfnisse, nicht nach fremdem Vorbild zu vollziehen ist. — Besonders eindrucksvoll war der dritte Vortrag: „Was nun?“ von Dr. Lempp. Da von der Landesversammlung die Zukunft unserer evangel. Kirche und unseres evang. Volkes abhängen werde, habe jeder, der auf seine Kirche noch etwas halte, zu prüfen, ob die Partei, der er seine Stimme geben will, bereit ist, der evangel. Kirche ihren Fortbestand als Volkskirche zu sichern. Dazu ist notwendig eine gerechte Ausschüttung des Kirchenguts bezw. eine Abfindung der Kirche mit einer ausreichenden Rente, Erhaltung des Konfess. Religionsunterrichts als lehrplanmäßigen Faches in den öffentlichen Schulen und Gewährung der Rechte einer öffentlichen Körperschaft an die Kirche. Um Klarheit zu schaffen, ist von kirchlicher Seite an die Parteien die Anfrage ergangen, wie sie sich zu diesen drei Punkten stellen; die Antwor-

ten werden bekannt gegeben werden. Zuletzt ist es aber nicht die Gunst der Parteien, nicht eine Parlamentsmehrheit, die über die Zukunft der evangel. Kirche entscheidet, sondern der Herr der Kirche selbst, in dessen Hand sie auch heute noch — wie wir glauben — ein brauchbares Werkzeug ist.

### Die Forderungen der Frauen in der demokratischen Partei.

Stuttgart, 17. Dez. In der letzten Sitzung des Frauenausschusses der D. demokr. Partei wurde unter dem Vorsitz von Frau Olga Kauffmann beschloffen, für das Hauptprogramm der Partei folgende Forderungen für die Frau zu stellen:

1. Aktives und passives Frauenwahlrecht zu den gesetzgebenden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, zu den Organen der Selbstverwaltung und den Berufsvertretungen. Zulassung der Frau als Schöffe und Geschworene.
2. Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frau privatrechtlich und prozessrechtlich gegenüber dem Manne benachteiligen.
3. Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, gleiche Bildung und Berufsmöglichkeiten für die gesamte männliche und weibliche Jugend, Schaffung eines besonderen Strafrechts für die Jugendlichen.
4. Gleicher Lohn für Mann und Frau bei gleicher Leistung. Grundsätzliche Gleichstellung der weiblichen Angestellten mit den männlichen in allen Beziehungen, insbesondere auf Berufsvorbildung, Rechtsverhältnisse, gesetzliche Interessenvertretung, soziale Versicherungen und Gehaltsfestsetzungen.
5. Hebung der Volksgesundheit durch weitgehende Reform des Wohnungswesens, Schutz der Arbeiterinnen und der Jugendlichen mit Einschluß der Heimarbeit. Ausbau der Sozialversicherung, Reichswochenhilfe, Mutterschutz, Säuglingsschutz, Reform des Hebammenwesens, Bekämpfung der Volkskrankheiten, Tuberkulose, Trunksucht, Anstellung staatlicher Fürsorgerinnen. — Zum Schluß wurden gemeinsam mit den Vertreterinnen der Frauenorganisationen des Landes Agitations- und Organisationsfragen durchgesprochen.

SCB. Stuttgart, 19. Dez. Der Ständische Ausschuss der Zweiten Kammer hat sich in seiner Sitzung vom 17. Dezember unter Verwahrung gegen die Verhinderung eines Zusammentritts des Landtags und unter Hinweis auf den Erlaß der früheren Regierung vom 9. November 1918 dahin ausgesprochen, daß unter den gegebenen Verhältnissen die schnellste Einberufung einer verfassunggebenden Landesversammlung als der einzig mögliche Schritt zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände erscheint.

(SCB.) Stuttgart, 19. Dez. Es ist nun gelungen, die Spur der Einbrecher, die aus der Buchdruckerei Greiner u. Pfeiffer eine große Anzahl Stuttgarter 20-Markscheine (in Höhe von über 300 000 M.) gestohlen haben, ausfindig zu machen. Es wurde auch bereits der größte Teil des Geldes wieder beigebracht. Die Diebe, die mit den Gepllogenheiten der das Notgeld herstellenden Druckerei genau vertraut waren, haben sich sofort Anzüge, goldene Uhren und andere Dinge angeschafft, um die Scheine möglichst rasch an den Mann zu bringen.

SCB. Ludwigsburg, 19. Dez. Der erste Vorsitzende des hiesigen Soldatenrats, Reiner, hat bis auf weiteres die Geschäfte des von seinem Amt zurückgetretenen Garnisonsältesten, Generalmajors von Gleich übernommen und zugleich erklärt, daß sämtlichen Militärpersonen das Tragen des Degens, bis weitere Anord-

nungen eintreffen, gestattet ist. Auch Freiherr von Wächter, Major beim Stab der Inspektion der Ersatz-Abt. III gibt seinen Rücktritt vom Amt bekannt.

S.C.B. Ulm, 19. Dez. Unter dem Vorsitz von Stabsarzt Dr. Hölscher hat sich hier ein Bund der Offiziere und Militärärzte der Garnison und deren Umgebung gebildet, der alle Angehörigen des aktiven, inaktiven und Beurlaubtenstandes ohne Rücksicht auf Bekennnis und Politik umfaßt, als Ziel die Vertretung der Interessen der Offiziere und Militärärzte und deren Hinterbliebenen verfolgt. — Der Soldatenrat des Ersatz-Bataillons 120 hat sich für die Verprügelung, die ihm auf der „Burg“ Soldaten des heimgekehrten Infanterie-Batls. 120 zuteil werden ließen, gerächt. Er hat den Kommandeur, Major von Soupin, und andere Offiziere abgesetzt, ihnen keine Lebensmittelmarken verabfolgt, sondern die Zumutung an sie gestellt, täglich persönlich die ihnen zustehende Mannschaftskost auf der „Burg“ zu holen.

(SCB.) Friedrichshafen, 18. Dez. Wie bereits vor einigen Tagen fuhr am Freitag wiederum ein Sonderzug mit französischen Kriegsgefangenen auf der Fahrt nach Radolfzell hier durch, wo sie übernachteten, um gestern früh über Konstanz nach der Schweiz weiter befördert zu werden. Der Transport kam über Lindau aus dem Lager Lechfeld und bestand aus insgesamt 782 Offizieren und Mannschaften. Auf dem hiesigen Bahnhof hatte der Zug zwei Stunden Aufenthalt. Auf dem Stadtbahnhof verließen Offiziere und Mannschaften ihre Wagen und verbrachten in lebhafter, selbstbewußter und herausfordernder Siegesstimmung die Zeit größtenteils auf dem Bahnsteig, begafft von einem Publikum, bei dem auch der letzte Hauch von Nationalstolz erstorben zu sein scheint. Während des Aufenthalts auf dem Güterbahnhof gelang es einer Anzahl dieser Gefangenen, in kleineren und größeren Trupps nach der Stadt zu gelangen. Dort überfluteten sie, wie das „Seeblatt“ berichtet, alle erreichbaren Läden und Wirtschaften, wo ihnen leider auch a l e s W ü n s c h e n s w e r t e abgeben wurde. Unverantwortlich ist, daß es dieser hunschedigen und anmaßenden Völlerscharen ohne weiteres gelingen konnte, in das Stadttinnere zu gelangen und dort in Weinrestaurants und Wirtschaften zu kneipen. Schamlos war das Verhalten mancher Frauen und Mädchen, die selbstverständlich bei dem ganzen Rummel nicht fehlen durften.

### Evangelische Gottesdienste.

Sonntag (4. Adventssonntag), 22. Dez.: Vom Turm: 139. Predigt: 137. „Hosianna, Davids Sohn...“ — 9<sup>1/2</sup> Uhr: Predigt, Stadtpf. Schmid. 1 Uhr: Christenlehre mit den Schülern der jüngeren Abteilung im Vereinshaus. 2 Uhr: Weihnachtsfeier der freiwill. Sonntagsschule. 5 Uhr: Abendmusik des Kirchengesangsvereins als Willkommgruß für unsere heimgekehrten Krieger. — Dienstag (St. Abend), 23. Dezbr.: 4 Uhr im Vereinshaus: Weihnachtsandacht mit Beichte, Dekan Zeller.

### Katholische Gottesdienste.

Sonntag (4. Adventssonntag), 22. Dezbr.: 8 Uhr: Frühmesse. 9<sup>1/2</sup> Uhr: Predigt und Amt. 2 Uhr: Adventsandacht. — Montag, 8<sup>1/2</sup> Uhr: Gottesdienst in Liebenzell. — Dienstag, 8<sup>1/2</sup> Uhr: Gottesdienst in W. Idberg. Nachmittags von 3 Uhr an Beichtgelegenheit in Calw. — Mittwoch (Weihnachtsfest): 6 Uhr: Engelamt, nachher Kommunionausstellung. 7 Uhr: Hirtenmesse. 9<sup>1/2</sup> Uhr: Predigt und Hochamt mit Aussetzung. 2 Uhr: feierliche Weihnachtsandacht. — Donnerstag (Stephanusfest), 8 Uhr: Frühmesse. 9<sup>1/2</sup> Uhr: Amt mit Evangelienverlesung. — Freitag (Sobannestag): Pfarrmesse mit Segnung von Wein um 8 Uhr.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

## Einladung.

# Zur Wahl eines Bauern-Rates

ladet sämtliche Landwirtschaft treibende Herren von Calw auf Freitag Abend 7 Uhr in das Gasthaus zur „Schwane“ höflich ein.

Der Beauftragte: Oekonom Dettinger.

## Hirsau, den 20. Dezember 1918.

# Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Magdalena Häberle,

geb. Schraft,

im Alter von 48 Jahren nach langem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

Karl Häberle mit seinen 4 Kindern.

Beerdigung Sonntag Nachmittag um 1 Uhr in Hirsau.

## Henne

schwarz-weiß verlaufen.  
Bitte abzugeben  
Lederstraße 96.

## Guterhaltene

# Konzertzither

samt Zitherschule billig zu verkaufen. Näheres

Lederstraße 166, 1 Treppe.

Einige noch sehr gut erhaltene spanische

# Rollwände

sowie ein massiv eichen gebautes transportables

# Häuschen

zu jedem Zweck geeignet verkauft

S. Warz, Bahnhofwirtschaft  
Telefon 4.

# Freie Gaben

für die Wohltätigen Anstalten des Landes

nehmen entgegen

Dekan Zeller. Stadtpfarrer Schmid.

Neuweiler, 19. Dezember 1918.

# Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

## Marie Keger,

im Alter von 60 Jahren unerwartet rasch in die ewige Heimat abgerufen wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
der Gatte: Jakob Keger, Metzgermeister.

Beerdigung Samstag Nachmittag 1 Uhr.



**Kirchen-Gesangverein Calw.**

**Abendmusik**

als Willkommgruss für unsere  
heimgekehrten Krieger

am Sonntag, 22. Dezember, abends 5 Uhr

unter gütiger Mitwirkung von Fräulein Luise Stüber  
(Gesang), Herrn Hauptlehrer Pfommer (Orgel) und eines  
aus hiesigen Musikfreunden gebildeten Streichorchesters.

Leitung und Orgel: Hauptlehrer Aichele.

Werke von J. S. Bach, Händel, Beethoven.

Eintritt frei! Kirchenöffnung 4 1/2 Uhr.

Freiwillige Gaben zur Deckung der Unkosten des Kirchen-  
Gesangvereins werden dankbar entgegengenommen.

Die Kirche wird geheizt.

**Geschäfts-Empfehlung.**

Mache einer geehrten Einwohnerschaft von Stadt und  
Land die Mitteilung, daß ich, da ich vom Heeresdienst ent-  
lassen bin, meine

**Bauschlosserei u. Eisentkonstruktions-  
Werkstätte wieder weiter betreibe.**

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werthe  
Kundschaft rasch und gut zu bedienen, soweit es die jetzigen  
Verhältnisse ermöglichen und bitte um geschätzte Aufträge.

Eugen Lebzelter, Schlossermeister, Calw.

Zugleich die Mitteilung, daß ich in ca. 3 Wochen wieder

**neue Herdz**

am Lager habe.

**Zu Geschenken!**

Puppen  
Spielwaren  
Bilderbücher  
Federkasten  
Schiefertafeln  
Griffel  
Schreibhefte

Sh gpfaffen  
Mundharmonika  
Hosenträger  
Geldbeutel  
Brieftaschen  
Kleiderbürsten  
Haarbürsten  
Zahnbürsten  
Kämme

empfiehlt

**Spar- u. Consumverein.  
Christbaumschmuck**

Ein schöner 1/4 Jahre alter

**Dachshund**  
(Hündin) ist preiswert zu verkaufen.  
Wo, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Oberkollbach.  
Gute Fahr- und Milch-

**Ruh**  
verkauft

Hirshwirt Büneler.

Ostelsheim.

Sehe ein Paar starke erstklassige  
**Zugtiere**  
unter Garantie dem Verkauf aus.  
Gehring, Walomeister.

Unterriethenbach.  
Eine erstklassige Zucht- u. Fahr-

**Ruh**  
samt Kalb hat zu  
verkauft

Heinrich Maier.

**Näh-  
Maschinen**

erstklassiges Fabrikat,  
empfiehlt bei weitgehender Garantie  
sofort lieferbar.

Sos. Rotheise, Maschinen-  
Handlung, Bittelbrunn  
D.-M. Horb.

**Geschäftshaus**

in guter Lage, hier, zu verkaufen.  
Angebote unter M. 60 an die  
Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Auf 1. April zu vermieten

**3 und 4-Zimmer-  
Wohnung**

Angebote unter M an die Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

**2 schöne Zimmer,**

davon das Schlafzimmer unmobliert  
sucht sofort zu mieten  
E. Koller,

bei Fa. H. F. Baumann,  
meh. Kragenfabrik.

16-17 jähriges

**Zweitmädchen**

tagsüber oder auch ganz für Küche  
und Hausarbeit zum sofortigen Ein-  
tritt gesucht.

Frau Hauptmann Pieper,  
Leberstraße 112.

**Dienstboten gesuche**

sind in unserem Blatte  
stets von Erfolg, da der  
grösste Teil der Auf-  
lage auf dem Lande  
Verbreitung findet. - - -

Zuverlässigen jüngeren

**Knecht**

zu 2 Pferden sucht.

Johs. Thurer, Sägewerk,  
Station Teinach.

Saßt neuen

**Offiziers-Sattel**

zu verkaufen.

Haus Bethanien, 1. Etod.

**Schuhfett**

**Suffett**

**Wagenfett**

empfiehlt billigt

R. Hauber.

Calwer-Hof.

Sehe ein Paar starke erstklassige

**Zug-**

**Stiere**  
dem Verkauf aus.

Joh. Kling.

Ihre Verlobung geben bekannt

Wolfgang Beller  
Bekan

Maria Kraemer  
geb. Haufeisen.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekann-  
te von Stadt und Land zu unserer am Samstag und  
Sonntag, den 21. und 22. ds. Mts. stattfindenden

**Nach-Hochzeit**

in das Gasthaus z. „Schiff“ in Calw freundl. einzuladen

Eugen Harich,  
Anna Harich, verwitwete Hiller.

**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte  
zu unserer am Stephanstag, den 26. ds. Mts. im Gast-  
hof zum „Adler“ in Liebenzell stattfindenden

**Hochzeits-Feier**

freundlichst einzuladen

Karl Schmidt,  
Sohn des Schneidermeisters Friedrich Schmidt, Liebenzell,

Marie Schmidt geb. Piffus,  
Liebenzell.

Kirchgang um 1 Uhr.

**Spiegel u. Rahmen**

in grosser Auswahl

**Einrahmen**

v. Bildern u. Brautkränzen  
in einfacher u. moderner Ausführung bei

W. Schwämmle, Rahmen-  
Geschäft.

**Sofort lieferbar:**

Bugmühlen, Windfegen,

Brückenwaagen,

Rübenschneider, Sauchepumpen

Gg. Wackenhuth, Maschinenwerkstätte, Telefon  
Nr. 142.

Schöne

**Christbäume**

verkauft

Frau Ott, „Restr. Haydt.“

Ein schönes nußbaum massives

**Zimmerbuffet**

hat zu verkaufen

Stadtinventierer Ro...